

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 70 (1990)
Heft: 2

Artikel: Der Traum von der geglückten Revolution : Anmerkungen zur Lage in Deutschland
Autor: Thies, Jochen
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-164768>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Traum von der geglückten Revolution

Anmerkungen zur Lage in Deutschland

Bei einem Besuch im State Department in Washington im September 1986 überraschte mich ein amerikanischer Diplomat, exzellenter Kenner der deutschen Verhältnisse, mit der Feststellung, dass die DDR mittelfristig der wahrscheinlichste Krisenfall im Warschauer Pakt sein werde. Es könne sogar zu einer Neuauflage des 17. Juni 1953 kommen, fügte er hinzu. Die Träger eines solchen Aufstands würden die jungen Arbeiter sein, also die dritte DDR-Generation, die den Glauben an die Segnungen des Marxismus-Leninismus verloren haben.

Nach Bonn zurückgekehrt, erntete ich mit meinem Bericht über das Gespräch in Washington bei den Experten Schmunzeln. Die Analyse wurde als typisch amerikanisch, ja als weltfremd abgetan. Und dieser Vorgang ist symptomatisch für die gegenwärtige Lage in der Bundesrepublik wie in der DDR, gekennzeichnet durch eine gewisse Realitätsferne. Man spricht von einer geglückten Revolution in der DDR, von Entwicklungen, die unumkehrbar seien, vom Triumph der Friedfertigkeit gegenüber einem totalitären Regime, das nicht länger in der Lage sei, seine Machtinstrumente einzusetzen — in der DDR bei etwa 16 Millionen Einwohnern immerhin eine imposante kommunistisch-preussische Streitmacht von etwa 1 Million Mann, wenn man Armee, Grenztruppen, Volkspolizei, Betriebskampfgruppen, Reservisten und Staatssicherheitsdienst zusammenrechnet. Dazu knapp 400 000 Angehörige der sowjetischen Streitkräfte, die schon durch ihre pure Anwesenheit ein mehr als diskreter Hinweis für die andauernde Mitgliedschaft des Landes im Warschauer Pakt sind.

Somit ergibt sich — in beiden deutschen Staaten — ein eigentümlicher Kontrast: auf der einen Seite eine verbale Heroisierung der Vorgänge der letzten Monate, auf der anderen Seite ein Verdrängen der weiterhin existierenden harten Machtstrukturen. Aber der entscheidende Unterschied zwischen der «Revolution» in der DDR und den Umwälzungen in Osteuropa, zuletzt den Vorgängen in Rumänien, ist nicht zu übersehen. Während die Opposition anderswo viele Jahre lang aus nahezu aussichtsloser Position gegen die Regimes gekämpft hat, ihr Engagement mit Freiheitsverlust, mitunter mit dem Leben bezahlt hat, ist der Opposition in der DDR der «Sieg»

nahezu kampflos in den Schoss gefallen. Zwar hat in den ersten Oktobertagen die Gefahr einer Gewaltaktion durch das ancien régime bestanden, die in ihren Einzelheiten noch nicht geklärt ist. Aber danach ist es zu einem lautlosen Zusammenbruch des Honecker/Krenz-Regimes gekommen.

Statt sich auf die Suche nach einer Revolution zu machen, die keine war — für die in Deutschland heute aber mehr denn zuvor die Voraussetzungen fehlen —, sollten die Deutschen im Verbund mit den Westeuropäern jenen revolutionären Prozess zur Kenntnis nehmen, der ihr Land als erstes erfasst hat: in Gestalt der Vorhut jener gewaltigen Migrationsbewegung von Ost nach West, von Süd nach Nord, die vermutlich die neunziger Jahre genauso stark prägen wird wie der Binnenmarkt des Jahres 1992. Denn dieser reichlich gedeckte Tisch wird auch die Armen der Welt anziehen, zunächst die Osteuropäer, danach die Anrainer des südlichen Randes des Mittelmeerbeckens sowie jene, die wir schon heute als Treibgut dieser neuen Völkerwanderung nur schemenhaft in den Lounges der grossen internationalen Flughäfen wahrnehmen. Zur Ubiquität unseres medialen Zeitalters tritt nun die Verpflanzung von Menschen von jedem beliebigen Punkt der Erde an jeden beliebigen Punkt der Erde hinzu. Und die bange Frage stellt sich, wie die liberalen Demokratien des Westens, nicht nur die der Bundesrepublik, auf diese Herausforderung reagieren werden.

Vorbilder

Die Öffnung der DDR-Grenzen und der Mauer in Berlin, die millionenfache Begegnung von Menschen aus beiden deutschen Staaten nach 28 Jahren Trennung haben eine emotionale Grundwelle ausgelöst, deren Reichweite noch nicht abzuschätzen ist. Ob die Deutschen nun tatsächlich das glücklichste Volk auf der Welt sind, wie der Regierende Bürgermeister von Berlin, Walter Momper, den Massen von den Stufen des Schöneberger Rathauses am Abend des 10. Novembers 1989 zurief, bleibt ebenfalls abzuwarten. Denn nach Tagen und Wochen des Hochgefühls über das Zusammenrücken der beiden deutschen Staaten wird sich bald die Ernüchterung einstellen. Zu gross scheinen die Probleme, die sowohl in der DDR als auch in den deutsch-deutschen Beziehungen zu überwinden sind.

Die DDR, dies ist sicher, befindet sich in einer rasanten Entwicklung. Von einer Revolution zu sprechen, geht jedoch an den Ereignissen der letzten Monate vorbei, die ihren Anfang mit dem Massenexodus junger DDR-Bürger im August 1989 über Ungarn und Österreich nahmen. Denn damit hat die DDR allenfalls Anschluss an jene Entwicklungen gehalten, die Ende der siebziger Jahre in Polen mit dem Entstehen einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung begannen. Zwar gelang es, diese Bewegung kurz-

fristig zu unterdrücken und zurückzudrängen, aber sie entwickelte sich nur um so machtvoller, als der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow mit «glasnost» und «perestrojka» eine völlig neue Richtung in der Sowjetunion einschlug. Sie traf ein weiteres Land im Ostblock nicht unvorbereitet: Ungarn, das nun ganz im Gegenteil seine weit exponierte Stellung im Ostblock nachträglich legitimieren konnte und den Kurs der Liberalisierung mächtig vorantrieb. Ohne diese Vorbilder, ohne das Loch im ungarischen Zaun, das mit seiner Fernwirkung die Berliner Mauer und den Stacheldrahtzaun an der deutsch-deutschen Grenze quasi unterspülte, sind die Entwicklungen in der DDR während der letzten Monate kaum vorstellbar.

Zu ihnen gesellt sich ein weiteres Phänomen hinzu, das in seiner Bedeutung ebenfalls gar nicht hoch genug veranschlagt werden kann: die Rolle des Fernsehens. Im Äther, so liesse sich überspitzt formulieren, hat die deutsche Wiedervereinigung längst stattgefunden. Denn die Menschen in der DDR sehen am Abend die gleichen Fernsehprogramme wie die Menschen in der Bundesrepublik. Die Fluchtbewegung, die im Sommer einsetzte, hatte vermutlich also auch mit der Informationsfreiheit zu tun, die sich die DDR-Bewohner in den letzten fünfzehn Jahren parallel zum KSZE-Prozess erworben haben. Offenbar hielt man nicht länger die triste Realität im eigenen Lande aus, da man eine klare Vorstellung von den Verhältnissen in einem demokratischen Rechtsstaat hat. Objektive Ursachen für die Massenflucht gab es jedenfalls nicht, denn die Verhältnisse in der DDR hatten sich im ersten Halbjahr 1989 nicht entscheidend verschlechtert. Der massive Repressionsapparat des Regimes hatte hier und da unter dem Eindruck einer wachsenden Öffentlichkeit gewisse Zugeständnisse gemacht, Konzessionen, zu denen das DDR-Regime noch vor wenigen Jahren trotz der praktizierten Politik der kleinen Schritte nicht bereit gewesen wäre.

Die Kirche

Das zweite Wunder in der DDR ergab sich aus der neuen Rolle der evangelischen Kirche, zu der sich — anders als in der Bundesrepublik, wo die katholische Kirche leicht vorn liegt — etwa neunzig Prozent der Bevölkerung bekennen. Gegen den Willen der Kirchenleitungen wurde die protestantische Kirche in der DDR seit Beginn der achtziger Jahre von unten her politisiert und in Beschlag genommen, weil sie der einzig moralisch intakt gebliebene Bereich des Landes war. Von ihrer Rolle her nahm sie daher ungewollt und lange Zeit widerstrebend jene Aufgaben wahr, die die katholische Kirche in Polen immer übernommen hat. Und dies war in der Tat ein Bruch mit jenen deutschen Traditionen, die mit dem Bündnis von Thron

und Altar gemeinhin umschrieben werden. Aber während nun die Führer der evangelischen Kirche in der DDR am liebsten den Rückzug antreten würden, strömen die Gemeindepfarrer in die neugegründeten Parteien, was den Prozess der Willensbildung in der DDR nicht erleichtern wird. Denn was den Parteien jetzt fehlt, sind keine Fundamentalisten, sondern Pragmatiker des politischen Geschäfts, Juristen und Wirtschaftsfachleute. Nun macht sich nicht nur das gewaltige Demokratiedefizit des Landes bemerkbar, sondern vor allem der ungeheuere Substanzverlust an erstklassigem politischem Führungspersonal über mehr als drei Jahrzehnte hinweg. Die Überrepräsentanz an evangelischen Geistlichen unterstreicht die Ungleichgewichte des Landes.

Es waren also nicht wirtschaftliche Motive, die die Menschen veranlassen, ihre Heimat zu verlassen, sondern das Überschreiten der Leidensfähigkeit bei der dritten Generation von DDR-Bürgern, die aus eigenem Erleben die Alternative im Westen nicht kannte. Aus vielen Interviews weiss man, dass ihr Fluchtmotiv darin bestand, der Bevormundung, Gängelung und Kontrolle in einem totalitären Staat endlich zu entgehen und individuelle Freiheit für sich und ihre Kinder zu realisieren.

Niemand weiss im Augenblick, wie sich die Dinge in der DDR weiter entwickeln werden. Aber schon heute zeichnen sich erste Konsequenzen für die DDR, für die Bundesrepublik Deutschland, für das deutsch-deutsche Verhältnis, für die westeuropäische Integration und die NATO ab.

Offene Grenze

Der Massenprotest in der DDR, der seinen Ausgang von Leipzig nahm, am Ende etwa eine Million Menschen in Ost-Berlin zusammenführte, hat ohne Zweifel das SED-Regime ins Straucheln gebracht, die Ablösung von Staats- und Parteichef Erich Honecker und das sechswöchige Zwischenspiel seines Kronprinzen Egon Krenz bewirkt. Nachfolger als SED-Chef, aber nicht mehr in der Ämterfülle seiner Vorgänger, wurde der 41jährige Rechtsanwalt Gregor Gysi, Kind einer deutsch-jüdischen grossbürgerlichen Familie.

Die Öffnung der Grenzen war sicherlich ein Schritt, um aus einer gefährlichen Lage herauszukommen, die ausser Kontrolle zu geraten schien, kann aber auch als eine bewusst geplante Überlebensstrategie des SED-Regimes angesehen werden. Bildlich gesprochen, haben Krenz und das neue, erheblich verkleinerte Politbüro mit den alten Gesichtern — sieht man von Hans Modrow ab — den Stöpsel aus der Badewanne DDR gezogen und das Wohnzimmer Bundesrepublik unter Wasser gesetzt. Die DDR, dies scheint deutlich, hat eine momentane völlige Destabilisierung des eigenen Landes

bewusst in Kauf genommen, um mit dem Massenansturm von Flüchtlingen und Besuchern die Bundesrepublik in Schwierigkeiten zu bringen. Mit einer zynischen Umdeutung des Begriffes testet das neue DDR-Regime die «Verantwortungsgemeinschaft der Deutschen».

Dabei ist ein Nebeneffekt entstanden, der für das ums politische Überleben kämpfende SED-Regime von mindest gleicher Bedeutung ist. Die noch in den Anfängen befindliche DDR-Opposition ist von der Liberalisierung des Reiseverkehrs völlig überrascht worden. Dass ihr Fähigkeit und Legitimation fehlen, eine Massenbewegung zu führen, haben erste Stellungnahmen gezeigt, bei denen man einräumte, innerhalb von wenigen Monaten nicht bei freien Wahlen kandidieren zu können. Bärbel Bohley, eine Sprecherin des Neuen Forums, verstieg sich dann aber auch noch dazu, die Abhaltung von freien Wahlen in der DDR innerhalb der nächsten Monate aus diesem Grund zu kritisieren. Damit ist zugleich auch das Dilemma der politischen Konstellation in der DDR beschrieben. Auf der einen Seite sieht man gewaltige, unerhört diszipliniert ablaufende Demonstrationen. Auf der anderen Seite fehlen diesen Menschenmassen, zumindest bisher, charismatische Führer vom Schlage eines Lech Walesa. Für machtpolitisch erfahrene SED-Funktionäre auf den mittleren und unteren Rängen, die es noch immer in Hülle und Fülle gibt, wird es ein leichtes sein, schüchterne Literaten oder naiv-gläubige Pastoren, die man bisher in den Oppositionsgruppen an der Spitze sieht, gegeneinander auszuspielen. Es wird daher vom Durchhaltevermögen der Protestbewegung in den nächsten Monaten abhängen, ob die SED bei den Wahlen am 6. Mai so schlecht abschneidet, dass sie die Machtkontrolle verliert. Andernfalls drohen Weimarer Verhältnisse in der DDR.

Eine Schlüsselrolle kommt hier natürlich auch der Sowjetunion zu, die den von Krenz, Modrow und Gysi eingeschlagenen Kurs offensichtlich toleriert. Solange die Aussicht besteht, dass die SED Juniorpartner in einer gewählten Regierung sein kann, wird sich daran nichts ändern. Die Gefahr eines militärischen Eingreifens durch die 380 000 in der DDR stationierten Rotarmisten scheint somit gebannt, wenn es nicht zum Überschreiten einer Linie kommt, die die Moskauer Führung wiederholt definiert hat: Die DDR muss als eigenständiger Staat innerhalb des Warschauer Paktes bestehen bleiben. Eine Wiedervereinigung kommt für die Sowjetunion nicht in Betracht. Allerdings lassen nun die jüngsten Bemerkungen von Aussenminister Eduard Schewardnadse beim Besuch der NATO in Brüssel aufhorchen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist durch die jüngsten Ereignisse in der DDR quasi über Nacht von der Rolle des Zuschauers in die eines Beteiligten hineingeraten. Darauf ist sie aus einer ganzen Reihe von Gründen nicht vorbereitet. Denn die von der sozialliberalen Koalition unter den Kanzlern

Brandt und Schmidt betriebene Ostpolitik ist im Grunde genommen bruchlos und intensiver von der Regierung Kohl fortgeführt worden. Ihr lag die Annahme zugrunde, dass sich an der Nachkriegsordnung in Osteuropa auf absehbare Zeit nichts ändern werde, dass die Deutschen somit mit der Teilung leben müssten, bis diese im Zuge gesamteuropäischer Entwicklungen eines Tages überwunden werde. Aus dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes hatte sich im Laufe der letzten Jahrzehnte eine Rhetorik entwickelt, der die Phantasie zum Umdenken fehlte. Alle politischen Parteien in der Bundesrepublik sind von den Vorgängen in der DDR vollständig überrumpelt worden. Es fehlt an Konzepten und an Strategien, wie man mit der neuen Situation umgehen soll.

Die Fehleinschätzung

Auf der Suche nach Ursachen für diese Fehleinschätzung stösst man auf ein spezifisch deutsches Problem. Ich möchte es die Denkblockade angesichts der Deutschen Frage bei den etwa 50—70jährigen nennen, also den heutigen Entscheidungsträgern im Lande. Anders formuliert handelt es sich bei dieser Gruppe um die letzten gebrannten Kinder des Nationalsozialismus, den sie in Form der Indoktrination beim Schulunterricht, als Hitlerjungen und Flakhelfer oder in der Uniform der deutschen Wehrmacht in jungen Jahren erlebt haben. Ihre intellektuellen Repräsentanten haben daraus eine Art von persönlichem Credo gemacht, das folgendermassen lautet: da sich der kurzlebige deutsche Nationalstaat 1945 selbst zerstört habe, müsse die *raison d'être* der Deutschen sein, auf die nationalstaatliche Restauration und damit auf die Wiedervereinigung zu verzichten. Besonders in den Reihen der SPD und bei den Grünen ist diese Sehweise weit verbreitet, und sie hat sicherlich etwas mit norddeutschem Protestantismus zu tun, mit einer schier übermenschlichen Bereitschaft, ein Leben lang wegen der Verbrechen des Dritten Reiches zu trauern. Das Strafmass, das man sich gewissermassen selbst zuteilt, ist, anders sein zu müssen als die übrigen Nationalstaaten Europas. Nur so könne das millionenfache Verbrechen an den Juden gesühnt werden.

Sicher ist, dass die politische Klasse in der Bundesrepublik, unabhängig vom politischen Standort, im Bewusstsein einer besonderen Verantwortung auf Grund der Verbrechen des Nationalsozialismus' handelt. Vierzig Jahre nach Kriegsende ist jedoch auch hier eine gewisse Historisierung der Ereignisse eingetreten, womit gesagt werden soll, dass die Fixierung der Deutschen auf die 12 Jahre des Dritten Reiches im Schwinden begriffen ist, das Panorama der gesamten deutschen Geschichte der letzten 200 Jahre allmählich wieder ins Blickfeld kommt. Bei den jüngeren Menschen hat

dies zur Folge, dass die deutsche Frage und die deutsche Teilung unbefangener gesehen werden als von der Generation der Väter und Grossväter. Dies als Erläuterung zur Bewusstseinslage in der Bundesrepublik.

Die alliierten Rechte

Wie ein Schock für manchen, der Deutschland auf Grund seiner persönlichen Erfahrungen angesichts der Ereignisse der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts betrachtet, mögen jedoch die folgenden Überlegungen wirken. Wenn es zutrifft, dass das Dritte Reich dem Prozess der Historisierung unterliegt, dann gilt dies auch für die Rechte der Sieger des Jahres 1945. Und in der Tat lässt sich feststellen, dass das hastig anberaumte Treffen der Vier am 11. Dezember 1989 in Berlin, vertreten durch ihre Botschafter, weniger Ärger bei den Deutschen hervorgerufen hat als pures Nicht-Verstehen. Oder anders gesagt: die Symbolsprache der Sieger wird nicht länger verstanden. Man weiss zu wenig davon und man kümmert sich schlicht nicht darum, wenn von den Rechten dieser Kriegscoalition die Rede ist.

Daher kommt auf diese Staaten eine schwierige Aufgabe zu. Bei Anerkennung des Grundsatzes, dass ihre Anwesenheit in Berlin und in Deutschland weiterhin erforderlich ist, weil weder die beiden deutschen Staaten noch Europa psychisch stabil genug sind, die Dinge allein zu lösen, bedarf diese Präsenz einer neuen Begründung und Definition. Aus zornigen, strafenden Vätern des Jahres 1945 müssen gewissermassen weise Grossväter der neunziger Jahre werden.

Wenn alliierte Rechte überbetont werden — und die letzten Auftritte Präsident Mitterrands einschliesslich seiner DDR-Reise waren wahrhaftig nicht glücklich — droht neuer deutscher Nationalismus. Denn wenn die Deutschen entdecken sollten, dass man für die Selbstbestimmung jedes Volkes eintritt, nur sie selber davon ausgeschlossen sein sollen, kann dies eine erneute Entfremdung des Landes vom Westen zur Folge haben. Und wenn der Eindruck nicht trügt, sind sich die Sowjets über diese Situation im klaren. Eine völlige Kehrtwendung von Gorbatschow in der deutschen Frage kann daher nicht ausgeschlossen werden. Ein neutralistisches Gemisch liegt schon jetzt in der Luft.

In der DDR ist dies — grosso modo — nicht viel anders. Man findet hier ganz ähnliche Denkweisen wie in der Bundesrepublik, nur ist das Spektrum der Meinungen anders zusammengesetzt. Momentan überwiegt sicherlich noch der Stolz darüber, mit Hilfe von Massendemonstrationen das Regime zum Einlenken gezwungen zu haben. Daraus leiten viele DDR-Oppositionelle die Berechtigung zu einem eigenen Entwicklungsweg des Landes ab, der nicht notwendigerweise in der Wiedervereinigung mit der Bundesrepu-

blik sein Ziel finden muss. Hinsichtlich der Einschätzung eines DDR-Sonderweges zwischen der Kommandowirtschaft sowjetisch-stalinistischer Prägung und dem moderaten Kapitalismus à la Bundesrepublik, der sozialen Marktwirtschaft, unterliegen sie aber einem typisch deutschen Fehlschluss, der nur mit den spezifischen Bedingungen Mitteldeutschlands seit Ende der zwanziger Jahre erklärt werden kann. Anders formuliert: die letzten DDR-Bürger, die ein funktionierendes demokratisches System erlebt haben, die Weimarer Republik des Jahres 1928 am Vorabend der Weltwirtschaftskrise, sind jetzt 75 bis 80 Jahre alt. Von daher wird die gewisse Unreife und politische Naivität der Oppositionsgruppen in der DDR von heute leichter verständlich. Manches erinnert an die Lage der westlichen alliierten Besatzungszonen des Jahres 1945. Der entscheidende Unterschied besteht darin, dass der Nachhilfeunterricht in Sachen Demokratie durch die Besatzungsmächte, die Bestrafung der Täter und Mitläufer des alten Systems durch die Sieger des Zweiten Weltkriegs nicht möglich ist. Dieses muss die DDR, neben den schier unlösbaren Aufgaben bei der Sanierung der Volkswirtschaft, auch noch aus eigenem Antrieb schaffen. Auf den Punkt gebracht, liesse sich das deutsch-deutsche Dilemma bei der Frage: Wiedervereinigung — ja oder nein — so beschreiben, dass die Massen in beiden Staaten diese vermutlich wollen, dass die Probleme bei den Eliten liegen.

Umdeuten

Dafür sorgt nicht zuletzt auch jene Gruppe einflussreicher Meinungsmacher und Publizisten in der Bundesrepublik, die in ihren Aussagen von den Ereignissen der letzten Wochen und Monate vollständig überrollt worden sind, zum Beispiel Egon Bahr oder die beiden ehemaligen Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin, Günter Gaus und Klaus Bölling. Anstatt sich aber nach gravierenden Fehldiagnosen über die mögliche Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen zurückzuhalten oder ihren Irrtum einzugestehen, mischen sie verstärkt bei Fernsehdiskussionen mit und versuchen die Ereignisse auf den Strassen der DDR umzudeuten.

Nicht erst seit dem Pfeifkonzert gegen Bundeskanzler Helmut Kohl bei seiner kurzen Ansprache in West-Berlin von der Stelle aus, von der John F. Kennedy am 26. Juni 1963 zu den Deutschen sprach, hat man das Gefühl, dass bei der jetzigen Debatte um die Deutsche Frage eine vernünftige politische Mitte fehlt. Sie wird vielleicht am ehesten von dem früheren Berliner Regierenden Bürgermeister und späteren Bundeskanzler Willy Brandt eingenommen, der innerhalb weniger Wochen als 76-jähriger in die

politische Arena der Bundesrepublik zurückgekehrt ist. Jedenfalls spricht es nicht für eine politische Reife, dass ausgerechnet an dem Tag, an dem die Berliner Mauer aufgebrochen wurde, der gewählte Kanzler der Bundesrepublik in einem historischen Augenblick massiv daran gehindert wurde, eine Rede an die Deutschen zu halten. Die gellenden Pffiffe gegen Kohl zeigten, dass die Deutschen noch weit vom Zustand der Normalität entfernt sind.

In der angesehenen Wochenzeitung *«Die Zeit»* lässt sich das Problem ebenfalls mit Händen greifen. Die bundesdeutschen Intellektuellen trauern den Jahren der Ostpolitik Willy Brandts nach, der selber in der Frage der deutschen «Neuvereinigung», wie er sie nennt, sehr viel beweglicher operiert. Sie tabuisieren Themen und Denkweisen und offenbaren dabei eine zunehmende Kluft zu unseren Nachbarn in Ost und West, die ein unbefangenes Verhältnis zum Nationalstaat haben.

Was in den fünfziger und sechziger Jahren die Flucht in die europäische Dimension war, ist nun der Einsatz für die Rettung der Welt vor der ökologischen Katastrophe und die gedankenlose Parole, dass die beiden deutschen Staaten eine besondere Verantwortung für die Erhaltung des Friedens besäßen. Anscheinend ist niemandem mehr bewusst, wie tief derartige Forderungen in deutschen imperialen Traditionen wurzeln, im mittelalterlichen Kaisertum, in endzeitlich gestimmten Ansprüchen der Ottonen-Zeit.

Verdrängungen

Sicher ist, dass in beiden deutschen Staaten in den Führungsgruppen keinerlei Intentionen vorhanden sind, eine neue deutsche Grossmachtrolle anzustreben, womöglich als dritter Machtfaktor neben den USA und Japan. Vermutlich werden sich hier noch auf Jahrzehnte die Erfahrungen mit den beiden verlorenen Weltkriegen, die Verantwortung für den Holocaust, negativ auswirken. Aber genau hier mag dann auch das Problem für Deutschland wie für seine Nachbarn liegen, nämlich dass die Verweigerung, aussen- und sicherheitspolitisch jene Verantwortungen zu übernehmen, die die ökonomische Rolle eines vereinigten oder konföderierten Deutschlands nahelegt, neue Instabilitäten herbeiführen kann. Das Verdrängen des Faktors «Macht», der krampfhaft auf Westeuropa, das endzeitliche Hoffen auf das Verschwinden der Grenzen müssen nicht unbedingt zur Folge haben, dass der Rest der Welt nach deutschem Vorbild funktioniert, im Gegenteil. Selbst einen deutschen Beobachter muss es daher mit einem gewissen Unbehagen erfüllen, dass keine deutsche politische Klasse bereitsteht, um die neue Situation in Deutschland zu begleiten

und strategisch auszubauen. Hierin liegt dann auch die ganz besondere Tragik der Ermordung des Vorstandssprechers der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, der wie kein anderer deutscher Manager von internationalem Ruf die Wiedervereinigung des geteilten Landes unumwunden als eines seiner wichtigsten Lebensziele propagierte.

Nur wenn Berlin über kurz oder lang einen Teil seiner alten Hauptstadtfunktionen zurückerhält, wird es möglich sein, jenes Personal heranzubilden und im Fluidum einer Metropole prägen zu lassen, das ein zusammenwachsendes Deutschland benötigt. Das Fehlen einer echten Hauptstadt ist vielleicht eines der grössten Probleme, das die Bundesrepublik hat, ohne es zu wissen. Denn man ist ganz im Gegenteil stolz auf den föderativen Aufbau des Landes mit einer Gruppe von souscapitales, München für Kultur, Hamburg für die Medien, Frankfurt für die Wirtschaft und Bonn, das als «Raumschiff» deklassifiziert wird. Der immer bedrohlicher werdende Nebeneffekt der Föderalisierung in dieser Form wird dabei übersehen, nämlich dass die Bundesrepublik trotz ihrer Zentrallage provinzieller und enger in der Wahrnehmung der Aussenwelt wird. Ist es ein Zufall, dass die mitreissendsten Vorstellungen zur Zukunft der Deutschen von zwei Politikern stammen, die prägende Jahre ihres Lebens in Berlin verbracht haben, nämlich Willy Brandt und Klaus von Dohnanyi?

Die Zuwanderer

Der gewaltige Flüchtlingsstrom aus der DDR, bis Ende 1989 sind 340 000 Menschen in die Bundesrepublik gekommen, wirft aber nun zunehmende Probleme für die Bundesregierung auf. Die Kapazität der Auffanglager ist erschöpft, die auftretenden Engpässe können nur noch mit Hilfe von Bundesgrenzschutz und Bundeswehr, sowie den militärischen Einrichtungen befreundeter westlicher Staaten überwunden werden. Auf Dauer wird das soziale Netz der Bundesrepublik durch die Zuwanderung von 800 000 Menschen allein im Jahre 1989 einer hohen Belastung ausgesetzt werden. Denn die Flüchtlingswelle aus der DDR trifft mit einer mindestens genauso hohen aus Osteuropa in Gestalt sowjetischer, polnischer und rumänischer Aussiedler deutschstämmiger Herkunft zusammen. Zu ihnen kommen rund 120 000 Asylbewerber aus dem Rest der Welt hinzu, etwa fünfzig Prozent aller Petenten, die die Europäische Gemeinschaft pro Jahr aufnimmt.

Die Bevölkerung der Bundesrepublik ist auf diesen enormen Solidaritätsbeitrag, den sie nun vermutlich auf absehbare Zeit für die DDR zu entrichten hat, nicht vorbereitet. Es bleibt abzuwarten, ob es den etablierten Parteien gelingt, Zustimmung für einen weiterhin unbeschränkten

Zuzug von DDR-Bürgern in die Bundesrepublik zu erhalten. Eine Radikalisierung an den Rändern des Parteienspektrums, die das Aufkommen der Republikaner bereits signalisiert, kann jedenfalls nicht ausgeschlossen werden. Falls es in absehbarer Zeit nicht gelingen sollte, die Verhältnisse in der DDR zu stabilisieren und den Massenexodus der letzten Monate zu einem Stillstand zu bringen, ist vermutlich mit wesentlich höheren Zahlen von DDR-Flüchtlingen zu rechnen. Die grosse Krise kann also noch bevorstehen.

Auch an dieser Stelle sieht man, dass Bundesrepublik und DDR auf eine eigentümliche Art und Weise so etwas wie siamesische Zwillinge sind. Damit soll aber auch gesagt werden, dass die Bundesrepublik auf Dauer nicht Flüchtlinge in grosser Zahl aufnehmen kann, ohne den Charakter des Landes zu ändern. Jedenfalls könnten mehrere Millionen Einwanderer das Land konservativer, am rechten Rand radikaler machen, was unübersehbare Konsequenzen für die Innenpolitik, aber auch für die internationale Rolle der Bundesrepublik haben würde.

Die Republikaner werden übrigens nicht nur von Kleinbürgern, Neo-Nazis, Menschen mit einer antiliberalen Haltung oder jenen gewählt, denen der Kurs der grossen Parteien nicht «national» genug ist. Unter ihren Sympathisanten sind auffällig viele Menschen in kleineren Städten Süddeutschlands, in denen es praktisch keine Arbeitslosigkeit gibt, wohl aber grossen materiellen Wohlstand. Anscheinend gibt es hier Verhaltensweisen wie in der Schweiz während der Jahre 1939–1945. Man sagt: «*Das Boot ist voll*», und will den Reichtum des Landes mit niemandem teilen. Da hilft der Verweis des Bundeskanzlers, dass die Bundesrepublik in den fünfziger Jahren 12 Millionen Flüchtlinge integriert habe, nicht allzuviel.

Helmut Kohls Initiative

Es gibt in der Bundesrepublik weitgehend Konsens darüber, dass man dem SED-Regime wirtschaftlich massiv nur dann unter die Arme greifen sollte, wenn es zu freien Wahlen bereit ist, auf die eine massive Umgestaltung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft folgen sollte. Vor allem aus diesen Gründen operierte der Bundeskanzler zunächst beim Umgang mit den Nachfolgern Erich Honeckers äusserst vorsichtig. Er beliess es bei Telefonaten mit Egon Krenz und sandte zunächst Kanzleramtsminister Rudolf Seiters zu Erkundungsfahrten in die DDR. Das 10-Punkte-Programm, das Helmut Kohl bei einer Haushaltsrede Ende November 1989 überraschend präsentierte, verfolgte drei Absichten. Aber zunächst bleibt festzuhalten, dass keines der Elemente dieses Planes für eine deutsche Konföderation ohne präzise zeitliche Vorstellungen neu war; jeder einzelne Programm-

punkt war schon zuvor Bestandteil der öffentlichen Debatte gewesen. Das wichtigste Ziel des Bundeskanzlers bei der im In- wie im Ausland überraschenden Präsentation des Planes bestand darin, innenpolitisch die Initiative von der SPD zurückzugewinnen, die trotz der früheren Nähe zu den SED-Machthabern bei Gesprächen von Parteidelegationen unter Willy Brandt mit altem Charisma deutschlandpolitisch Punkte machte. Schliesslich ist auch das zeitliche Zusammenfallen der 10 Punkte von Kohl mit der Vorlage deutschlandpolitischer Vorschläge der Republikaner nicht zu übersehen. Das zweite Ziel des Kanzlers bestand darin, die theoretisch überbordenden Diskussionen in der DDR über die Neuauflage des «dritten Weges» unter besseren Bedingungen abzukürzen und den neuen Oppositionsparteien in der DDR die geringe Bandbreite an «Wahlmöglichkeiten» angesichts der Dramatik der Lage drastisch vor Augen zu führen. Und drittens kam es dem Kanzler offensichtlich darauf an, wenige Tage vor Beginn einer ganzen Serie von Begegnungen der Supermächte und der Vier Siegermächte des Jahres 1945 den deutschen Willen zu verdeutlichen, die Annäherung der beiden deutschen Staaten zu unterstützen, ja möglich zu machen. Kohl war trotz des zunächst negativen Echos mit dieser dreifach ausgelegten Initiative alles in allem erfolgreich, auch wenn sich die nicht endenwollende Debatte um die Endgültigkeit der Oder-Neisse-Grenze als polnischer Westgrenze als zunehmendes Handicap auf internationalem Felde erweist. Aber hier sind dem Kanzler auf Grund der Verfassungslage enge Fesseln angelegt.

Mit wiedergewonnener Initiative konnte Kohl aber dann am Jahresende jene Akzente setzen, mit denen er auch das Wahljahr eröffnen wird. Noch vor Mitterrand reiste er nach Dresden zu einer ersten Begegnung mit Ministerpräsident Hans Modrow, der sich aus Bonner Sicht längst als Glücksfall herausgestellt hat. Nicht nur dieses erste Treffen, sondern auch die zweite Begegnung kurz vor Weihnachten anlässlich der Öffnung des Brandenburger Tores zeigte, dass die Bundesregierung alles in ihrer Macht stehende tun will, um die SED-Mannschaft um Modrow bis zu den Wahlen Anfang Mai an der Macht zu halten. Es gibt gegenwärtig keine Alternative zu dem anscheinend persönlich integren früheren Dresdner SED-Bezirkschef. Wenn er fallen sollte, droht in der DDR das Chaos, die Absetzbewegung von Hunderttausenden von Menschen Richtung Bundesrepublik.

Als Soforthilfe steht der DDR nun ein Kreditrahmen von rund 10 Milliarden Mark zur Verfügung, mit dem die drängendsten Probleme angepackt werden sollen, Transport, Kommunikation, Energie und hier in erster Linie die Abwendung des drohenden ökologischen Kollapses der DDR, in deren Industriegebieten die Menschen unter den Bedingungen eines Entwicklungslandes leben und arbeiten müssen. Anstelle des Zwangsumtausches für jeden Besucher aus der Bundesrepublik ist zu Jah-

resbeginn ein Fonds getreten, aus dem Westreisen von DDR-Bürgern subventioniert werden. Statt des freien Wechselkurses, der zu dem absurden Kurs von 20 Ostmark für eine Westmark geführt hatte, gibt es den gestützten Kurs von drei Ostmark für eine DM. Noch vor den Wahlen im Mai ist nun mit einer Fülle von Abschlüssen bei joint-venture-Projekten zu rechnen. Allerdings zeigt sich die DDR-Seite vorläufig nicht bereit, westdeutsche Mehrheitsbeteiligungen zu akzeptieren.

Die Nation — kein Relikt

Dennoch stellt sich die bange Frage, ob alle diese Massnahmen ausreichen, um die ungebrochene Massenabwanderung aus der DDR zu dämpfen und endlich zum Stillstand zu bringen. Die Zahlen seit der Öffnung der Mauer und der Grenzen bis zum Jahresende, also der Zeitraum von sechs Wochen, waren besorgniserregend: mehr als 100 000 Menschen verliessen die DDR, und die Tagesrate hat sich mittlerweile auf 1500—2000 Menschen eingependelt. Alarmierende Nachrichten kommen aber nun auch von führenden deutschen Personalberatungsunternehmen, bei denen Dutzende von DDR-Spitzenmanagern um Vermittlung im Westen nachgesucht haben. Brennt die Kerze DDR jedoch von zwei Seiten, ist es nur eine Frage der Zeit, bis das Land nicht mehr funktionieren kann. Und dies könnte schon vor den Wahlen im Mai der Fall sein. Wie sehr sich die Prozesse beschleunigt haben, geht unter anderem auch daraus hervor, dass 80 Prozent der DDR-Bewohner mittlerweile die Vereinigung der beiden deutschen Staaten favorisieren. Eine Unterscheidung zwischen dem Wunsch, wie ein Bundesbürger zu leben und der politischen Konstruktion, wird offenkundig nicht länger gemacht.

Die Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen gestaltet sich aus der Sicht der Bundesrepublik in nächster Zeit daher äusserst heikel. Denn als neue Aufgabe kommt nun hinzu, die Hoffnungen der Menschen in der DDR nicht durch eine Form der zu engen Kooperation mit dem DDR-Regime zu enttäuschen, mit Verweigerung von Zusammenarbeit aber auch nicht neue Fluchtwellen auszulösen, die die Bundesrepublik noch stärker belasten. Das Begrüssungsgeld für die drei Millionen DDR-Besucher vom zweiten Novemberwochenende allein hat den westdeutschen Steuerzahler 300 Millionen DM gekostet. Die Aufwendungen für alle Flüchtlinge des Jahres 1989 dürften sich auf mehrere Milliarden DM belaufen. Genauso schwierig ist die Aufgabe, den Entwicklungen in der DDR auf eine Weise gerecht zu werden, dass sich in West und Ost nicht neue Befürchtungen über ein Abdriften der Deutschen, über einen Neutralitätskurs entwickeln, wenn man dafür im Gegenzug die Wiedervereinigung erhält. Es gilt nun in

Bonn, Konzepte zu entwickeln, die sich für eine Wiederannäherung der beiden deutschen Staaten eignen.

Eines hat die Flüchtlingsbewegung der letzten Monate aber auch gezeigt: die nationalstaatliche Lösung ist auch für die Deutschen mit ihren speziellen Erfahrungen kein Relikt der Vergangenheit. Trotz Europa ist noch keine Ersatzform für dieses schützende Gehäuse in Sicht, in das sich die jungen DDR-Bürger unbewusst hineingeflüchtet haben. Sollten sich im Gegenteil die Entwicklungen zwischen Ost-Berlin und Riga verstetigen, werden wir vor einer Renaissance des Nationalstaates in Ostmitteleuropa stehen. Man mag es bedauern, wenn es so kommt. Die unausweichliche Folge wird dabei aber auch sein, dass der westeuropäische Integrationsprozess ins Stocken gerät, zugunsten einer gesamteuropäischen Finalität.

Kein Ausbruch aus Europa

Auch nach den Ereignissen der letzten Wochen ist die deutsche Wiedervereinigung nicht in greifbarer Nähe. Wer jedoch glaubt, dass knapp 80 Millionen Deutsche in Zentraleuropa mit noch mehr Wirtschaftskraft als schon heute die Nachkriegsordnung ins Wanken bringen würden, bewegt sich in der Vorstellungswelt relativ autarker Staaten der Vorkriegszeit. Im Zeitalter der Atombombe, der weltweiten Vernetzung von Volkswirtschaften und Märkten ist der «Ausbruch» eines Staates aus der westeuropäischen Integration weder denk- noch machbar. In der heutigen Situation aber den Deutschen anzuraten, auf die Wiedervereinigung in einer Form zu verzichten, die den gewachsenen Realitäten der letzten 40 Jahre entspricht, hiesse, die Deutschen in West und Ost zu singularisieren, sie aus dem Gefängnis der Erinnerung an zwölf Jahre nationalsozialistischer Diktatur niemals entkommen zu lassen.

In beiden deutschen Staaten ist mittlerweile eine Generation auf dem Vormarsch, die Normalität auch in Deutschland wünscht. Sie träumt — und dies gilt sicherlich auch für eine Mehrheit in der DDR — nicht von der Wiedervereinigung, zumindest nicht zum jetzigen Zeitpunkt. Aber sie stellt nüchtern fest, dass man die Reformprozesse in Polen und in Ungarn, in der Tschechoslowakei und in Rumänien finanziell und moralisch nicht glaubhaft unterstützen kann, wenn ihr ideeller Gehalt der DDR verwehrt wird. Auf eine nicht beabsichtigte Weise ist die DDR damit auch zum Schlüssel-land geworden, in dem sich die Frage der Zukunft der Ost-West-Beziehungen beantworten wird.

Es ist daher höchste Zeit, sich Gedanken über die nahe wie die ferne Zukunft zu machen. Auf der Suche nach gangbaren Wegen stösst man rasch auf Ansätze zu Veränderungen, die ihren Ausgangspunkt in Berlin,

der geteilten Stadt haben sollten. Könnten hier nicht deutsch-deutsche Institutionen geschaffen werden, die die Antriebselemente für die Herausbildung einer deutsch-deutschen Konföderation bilden könnten? Für Olympische Spiele ist die Stadt als Veranstaltungsort genannt worden, womit zugleich eine weitere Aufgabenstellung beschrieben wäre, Institutionen der Kultur und Freizeit, der post-materiellen Gesellschaft nach Berlin zu holen. Besonders geeignet schiene die Stadt als Zentrum der europäischen Medienlandschaft und damit als Kapitale jener Industrie, die Auto und Chemie, die heutigen Konjunkturlokomotiven, in der Wertschöpfung bald hinter sich lassen wird. Kurzum, Berlin müsste zu einem Börsenplatz der europäischen Ideen ausgebaut werden, der binnen kurzem eine solche Sogwirkung entfacht, dass die Mauer vollständig abgerissen wird.

Mit Nachdruck müssten jetzt auch die Pläne für ein neues Eisenbahntrasse von der Bundesrepublik nach Berlin verfolgt werden, wie es überhaupt gilt, Osteuropa in ein Netz von Hochgeschwindigkeitszügen einzubeziehen. Denn auch auf diese Weise würden beide Hälften schneller zusammenrücken, käme es nicht zu jener Schwerpunktbildung, wie sie sich nun im Westen Europas mit dem innerfranzösischen Netz und der Verbindung nach Grossbritannien über den Kanaltunnel abzeichnet.

Auf der Suche nach pragmatischen, schnell wirksamen Lösungen muss schliesslich auch das Stichwort Tourismus fallen. Wir rümpfen angesichts der Verbauung der Mittelmeerküste die Nase und übersehen dabei, dass Spanien und Portugal dadurch das Joch der Militärdiktatur schneller abgestreift und direkter Anschluss an die westeuropäischen Entwicklungen gewonnen haben. In ganz Ostmitteleuropa sollte in vernünftiger, die Umwelt nicht schädigender Weise der Reiseverkehr ausgebaut werden, z. B. an der polnischen Ostseeküste im joint venture-Verfahren, wie es Lech Walesa vorgeschlagen hat. Auch dadurch werden Ideen befördert, würden Bundesbürger die DDR kennenlernen und vielleicht den nächsten Urlaub dort planen. Ideen sind also gefragt, die Strukturen lockern, am Ende aufbrechen.

Gefragt: Ein Hilfsprogramm der EG

Die Deutschen müssen wissen, was sie wollen, wenn sie ihre Verpflichtungen gegenüber Gesamteuropa einlösen wollen — mit der Chance, einiges von dem zu überwinden, was der Zweite Weltkrieg und die Teilung angerichtet haben. Der deutsche Nationalstaat hat, das ist wahr, nur 74 Jahre lang existiert. Vielleicht hat sein katastrophales Ende bei den Deutschen derartig prägende Denkstrukturen hinterlassen, dass sich die Teilung noch lange aushalten lässt. Sie muss jedoch mit dem Prinzip Hoffnung ver-

bunden sein, um die Deutschen nicht zu den Fusskranken des europäischen Einigungsprozesses zu machen. Akzeptierte Teilung verhiesse Nicht-Normalität.

Damit ist zugleich auch die neue Aufgabenstellung der Europäischen Gemeinschaft beschrieben, die Kommissionspräsident Jacques Delors schneller und präziser als alle anderen erfasst hat. Die Westdeutschen, an deren EG-Treue nicht zu zweifeln ist, sollten in dieser schwierigen Lage mit dem Flüchtlingsproblem nicht allein gelassen werden. Angebote zum vorübergehenden Unterbringen von Flüchtlingen reichen nicht aus. Der bedeutendste Beitrag, den die EG in dieser Situation leisten könnte, wäre sicherlich der, eine Auffangposition zu beziehen, um der DDR den Übergang von einer Kommandowirtschaft zu einer Marktwirtschaft mit konvertibler Währung zu ermöglichen. Dieses ist wohl das schwierigste Problem, das es nun, bei relativ offenen Grenzen, aber bei einem ungeheueren Währungsgefälle zwischen der Bundesrepublik und der DDR zu lösen gilt.

Ein entschlossenes Hilfsprogramm der EG für die DDR würde darüber hinaus auch dazu beitragen, den Menschen in der DDR, die verständlicherweise nur eine bis zur Bundesrepublik reichende Perspektive haben, die Bedeutung des westeuropäischen Integrationsprozesses klar zu machen. Freizügigkeit für Reisen allein reicht nicht aus. Die Menschen brauchen dafür Geld. Und da es kurzfristig nicht aus der maroden DDR-Wirtschaft herauszuholen ist, müssen Überbrückungsprogramme, Stützungsmaßnahmen für die Ost-Mark geschaffen werden. Auch der gegenwärtige Umtauschkurs ist mittelfristig untragbar, politisch von ungeheurer Brisanz.

Hilfe für die DDR aus den Kassen der Gemeinschaft würde zum jetzigen Zeitpunkt auch eine Entlastung für die Bundesrepublik bedeuten, die wie kein anderes westeuropäisches Land den Reformkurs in Ostmitteleuropa nicht erst seit gestern, sondern seit einer Reihe von Jahren finanziell unterstützt. Bisher waren die Hilfszusagen der anderen Mitgliedstaaten der EG unzureichend. Es bleibt zu hoffen, dass sich unter dem Eindruck der Verhältnisse in der DDR daran rasch etwas ändert.

Unzulänglicher Rückblick

Auch an dieser Stelle ist davor zu warnen, die Entwicklungen in Ostmitteleuropa mit der Brille der Vorkriegszeit zu betrachten. Es ist nicht die alte deutsche Politik der wirtschaftlichen Penetrierung Südosteuropas und angrenzender Gebiete, sondern ein mit der Perspektive, die europäische Teilung zu überwinden, betriebenes Programm. Dieser Aufgabenstellung darf sich die westeuropäische Gemeinschaft nicht entziehen, will sie nicht die eigenen ehrgeizigen Ziele der neunziger Jahre gefährden. Es gibt einen

Zusammenhang zwischen der Solidarität in Westeuropa und dem Eintreten für erfolgreiche wirtschaftliche und demokratische Reformen in Osteuropa.

In einer möglicherweise einmaligen historischen Konstellation ist es nun also nicht nur an den Deutschen, sondern auch an den Westeuropäern, zu beweisen, dass die alten Grenzen der Nationalstaaten weniger wichtig sind als die neuen supranationalen Aufgaben. Der Blick zurück, der historische Vergleich, mögen hilfreich sein. *Angesichts der jetzt ablaufenden Prozesse in beiden deutschen Staaten kann das Beschwören einer unglücklichen Vergangenheit jedoch den Blick verstellen.* Prozesse, die sonst in Jahrzehnten ablaufen, haben sich jetzt, so hat es zumindest den Anschein, auf Wochen, ja auf Tage verdichtet. Darauf gilt es Antworten zu finden. Denn die Deutschen wollen keine Sonderrolle, sie wollen einen Platz in einem Europa, das durch ein westliches Demokratie- und Freiheitsverständnis gekennzeichnet ist.

Einige Grundwidersprüche in der deutschen Aussen- und Sicherheitspolitik, die unter der populistischen Führung von Hans-Dietrich Genscher ihr Profil eingebüsst hat, werden dennoch bald zutage treten. Und sie werden, wenn der Eindruck nicht täuscht, das Verhältnis zu den beiden europäischen Nuklearmächten, aber auch zu den Vereinigten Staaten belasten. Schon heute zeichnet sich ab, dass Bonn angesichts eines möglichen Abkommens bei den VKSE-Verhandlungen von Wien ab 1992 fällige Modernisierungsmassnahmen bei den Nuklearwaffen kürzerer Reichweite zu umschiffen hofft. Als zusätzliches Argument ist jetzt zu hören, dass solche Waffen angesichts der Demokratisierungsprozesse in Ostmitteleuropa obsolet geworden seien. Wenn dieses Argument des Bundesausserministers durchdacht wird, bedeutet es in letzter Konsequenz aber auch, dass Modernisierungsmassnahmen im konventionellen Bereich, wenn nicht entfallen, so doch angesichts einer wachsenden Dynamik des Abrüstungsprozesses aufgeschoben werden müssen. Diese Entwicklung wird aber dazu beitragen, die Bundeswehr, die immer als Funktion des Ost-West-Konflikts, nicht als Streitmacht eines Staates gesehen worden ist, vollends zu delegitimieren. Die demographische Entwicklung, der fehlende Mut, die bereits beschlossene Verlängerung der Wehrpflicht umzusetzen, von der Sowjetunion und anderen Warschauer Pakt-Staaten zu erwartende Abrüstungsinitiativen werden zu einer schleichenden Auszehrung der Bundeswehr beitragen. Mögliche Ergebnisse künftiger Ost-West-Abrüstungsverhandlungen werden in der Bundesrepublik schon jetzt vorweggenommen.

Auch dieses ist ein Indikator dafür, dass die innere Verfassung der Bundesrepublik nicht den Erwartungen entspricht, die die USA unter dem Gesichtspunkt gemeinsamer Führungsaufgaben an den Partner stellen. Er droht sich aber auch mit einer derartigen Politik von Frankreich und Gross-

britannien zu isolieren, Staaten, die niemals darauf verzichten werden, für ihre Verteidigungsfähigkeit zu sorgen. Dazu gehören auch Nuklearwaffen, die, geht man nach der Stimmung in der Bundesrepublik, am besten aus Europa verschwinden sollten. Es könnte daher sein, dass der eigentliche Gegensatz zwischen der Bundesrepublik und den Partnern im Westen nicht so sehr wegen der Entwicklungen in der DDR ausbricht, sondern über der Frage, wie die Zukunft der NATO aussehen soll. Ansätze, ihren politischen Charakter, ihre Wertgemeinschaft zu betonen und den militärischen Aspekt vergleichsweise auszublenden, kommen vermutlich zu spät.

Auf vergleichsweise sicherem Terrain werden sich die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik daher wohl nur in der Bewertung der Deutschen Frage bewegen. Denn anders als die europäischen Nachbarn der Bundesrepublik, die in ihrem Verhalten verständlicherweise stark von den Erfahrungen mit den Deutschen in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts geprägt sind, gehen die USA vergleichsweise unbefangen an die Regelung dieser Frage heran. Geographische Ferne, der Supermachtstatus, der psychologische Vorteil des einstigen Siegers wie auch Grundprinzipien der amerikanischen Politik kommen ihm dabei zugute. Die Bundesrepublik kann daher darauf vertrauen, dass die Vereinigten Staaten niemals auf jene Forderung verzichten werden, die die Begegnungen der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges seit den Tagen von Potsdam bestimmt haben: freie Wahlen in der DDR abzuhalten. Erst dann werden sich vielleicht auch jene Sehnsüchte der Deutschen artikulieren, die jetzt in der DDR mit der Erfahrung von 56 Jahren unter dem Joch totalitärer Systeme aus Gründen der Vorsicht unter Verschluss gehalten werden.

Die Ironie der Geschichte will es, dass die Debatte um die Zukunft der beiden deutschen Staaten ausgerechnet zu einem Zeitpunkt einsetzt, zu dem eine konservativ-liberale Koalition dem baulichen Provisorium der Bundeshauptstadt Bonn ein Ende setzen will. Niemals ist in Bonn soviel gebaut worden, wie in diesen Tagen. Aufträge in einem Gesamtvolumen von 4 Milliarden Mark sind vergeben worden. Das Parlament steht im Begriff, mit einem neuen Plenarsaal mit neuer Sitzanordnung sich ein endgültiges Gesicht zu geben. Mehrere Ministerien sind im Bau, das umgestaltete Gästehaus der Bundesregierung auf dem Petersberg, in dem 1949 die Hohen Kommissare residierten, kurz vor der Fertigstellung. Aber Bonn möchte nicht nur das Regierungsviertel umgestalten, sondern auch kulturell nicht länger Provinz sein. Daher werden zur Zeit eine Kunsthalle der Stadt Bonn sowie eine Bundeskunsthalle gebaut.

Am hitzigsten um den Sinn eines solchen Vorhabens waren jedoch die Auseinandersetzungen zwischen den Parteien und die öffentliche Debatte wegen des Baues des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland seit 1945. Als im Sommer 1989 die Flüchtlinge durch das Loch im

ungarischen Grenzzaun zu schlüpfen begannen, erfolgte für dieses Museum der erste Spatenstich. Wie manches andere Bauwerk in Bonn sollte es im 40. Jahr des Bestehens der Bundesrepublik Deutschland auf den Weg gebracht werden. Auch dieses mit grossem Aufwand begangene Jubiläum, das im privaten Bereich nicht gefeiert wird, gewinnt in der Rückschau eine ganz andere Bedeutung. Denn genauso, wie die DDR in den Tagen ihres 40jährigen Bestehens im Oktober 1989 auf Grund der grossen Demonstrationen ins Wanken geriet, mag für beide deutsche Staaten zutreffen, dass sie das Jubiläum ihrer 50jährigen Existenz im Jahre 1999 nicht in ihrem jetzigen Erscheinungsbild begehen werden. So gesehen, hatten die Feiern in beiden deutschen Staaten im Jahre 1989 ihren Sinn: sie haben das Provisorium deutlich gemacht und den Prozess der Annäherung beschleunigt.

**Zu jedem Vertrag liefert Ihnen
die «Winterthur» ein ganzes Paket
erstklassiger Dienstleistungen.**



| |
|-------------------|
| winterthur |
| versicherungen |

Von uns dürfen Sie mehr erwarten.